

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: 9. Ordentliche Bundesversammlung 14.-16.11.1997 in der Stadthalle Kassel

Beschluß zum Euro

Den Euro nicht verschieben, aber korrigieren

Jetzt geht es darum, die notwendigen Korrekturen am Maastrichter Euro-Projekt rechtzeitig durchzusetzen.

Der Zeitplan für den Übergang zum Euro kann und wird eingehalten werden. Ein sozialökologisch verträgliche Einführung der europäischen Einheitswährung ist möglich geworden.

Die bisher verfolgte Strategie für den Übergang zu einer europäischen Einheitswährung setzte eindimensional auf die Geldwertstabilisierung, nahm aber die Destabilisierung durch Massenerwerbslosigkeit in Kauf. Diese Ausrichtung der Euro Vorbereitung kann jetzt korrigiert werden: Die vordringlichen Korrekturen können bis zum Mai 1998 eingeleitet werden, d.h. unter Einhaltung des Maastrichter Zeitplans.

Dafür wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN konsequent Druck machen:

- für die Durchsetzung einer europäischen Beschäftigungspolitik als Gegengewicht zur einseitigen Orientierung auf die Geldwertstabilität,
- für die sozialökologische Ausgestaltung der europäischen Wirtschaftspolitik, auf deren Unterstützung die Europäische Zentralbank vertragsgemäß verpflichtet ist, und
- für die Euro-Teilnahme aller Mitgliedstaaten, die dies können und wollen.

Die europapolitische Schiefelage der Bundesregierung als Chance für bündnisgrüne Politik nutzen!

Die von der deutschen Bundesregierung dem Maastrichter Vertrag unterlegte "Kerneuropa"-Konzeption beginnt zu scheitern: Die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung hat mit ihrer Umverteilung von unten nach oben die Erholung der Binnennachfrage verhindert. Sie hat auch die mittelfristige volkswirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Bundesrepublik beeinträchtigt - durch die zurückgehende Innovationsfähigkeit der immer mehr aufgespaltenen Gesellschaft, aber auch durch mittelfristig kaputtgesparte Infrastrukturen. Der "harte Kern", den die Bundesrepublik Deutschland anführen wollte, verspielte so Zukunftschancen, während andere europäische Länder durchaus ökonomisch vorangekommen sind.

In ganz Europa bricht die europapolitische Auseinandersetzung aus den kleinen Zirkeln der PolitikerInnen heraus: Die sozialen Bewegungen haben damit begonnen, ihre Alternativen auch auf der europäischen Ebene zu formulieren und einzufordern. Das sozialökologische Umsteuern der europäischen Wirtschafts- und Sozialpolitik kann jetzt parallel zur Vorbereitung der Einheitswährung begonnen werden.

Die kommenden EU-Gipfel - Sondergipfel zur Beschäftigung, am 20.-21.11.1997 in Luxemburg, regulärer Gipfel in Luxemburg Mitte Dezember, Sondergipfel über den Teilnehmerkreis der Währungsunion, 2.5.1998 in Cardiff - haben die zentralen noch zu klärenden Fragen jeweils auf der Tagesordnung. Die dringendsten Kurskorrekturen in Richtung auf einen ökologisch und sozial verträglichen Euro stehen damit in

den nächsten Monaten an, noch bevor Anfang Mai 1998 die letzte Entscheidung über den Kreis der Teilnehmerländer getroffen wird.

Als soziale und ökologische Partei treten BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für die europäische Einbindung Deutschlands und gegen deutschen Nationalismus ein. Wir widersprechen den Nationalisten, die die "Deutsche Mark" zur heiligen Kuh verklären und gegen die europäische Einigung Stimmung machen. Wir lassen uns auch von den Neoliberalen nicht einschüchtern, die das kurzfristige Gewinnstreben zum einzig verlässlichen Maßstab der gesellschaftlichen Entwicklung erklären. Die Debatte über die europäische Währungsunion wird daher von uns sowohl in konsequent europäischer Perspektive als auch radikal kritisch geführt. Eine neoliberal angelegte Währungsunion auf Kosten von Umwelt, Demokratie und sozialem Zusammenhalt ist mit uns ebenso wenig zu machen wie eine nationalistische Verteidigung der Deutschen Mark. Eine solidarische *europäische* Wirtschafts- und Währungspolitik ist die einzig glaubwürdige Alternative, wenn Europa nicht - intern und auf dem Weltmarkt - in nationalistische Konkurrenzkämpfe zurückfallen soll. Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion ist eine notwendige Vollendung des Binnenmarkts, die nicht beliebig in die Zukunft verschoben werden kann und darf.

Ziel grüner Politik in Europa bleibt eine ökologische und solidarische Weltwirtschaft auf der Grundlage eines Weltwirtschaftssystems, das auf Kooperation und nicht auf Konfrontation setzt. Europa braucht nicht nur eine neue Währung, sondern vor allem eine neue Währungspolitik. Der EURO darf nicht genauso zur außenpolitischen Waffe einer "Festung Europa" werden, wie dies "Exportweltmeister Deutschland" mit der DM betrieben hat. Bündnis 90/Die Grünen wenden sich deshalb gegen Bestrebungen eines EURO-Chauvinismus, mit Hilfe des EURO den Standort Europa zu Lasten eines notwendigen Nord-Süd- und West-Ost-Ausgleichs zu stärken.

Die Konvergenzkriterien zur Einführung des EURO sind unzureichend und einseitig auf Geldwertstabilität ausgerichtet. Die Ziele "Abbau der Massenarbeitslosigkeit" und "Durchsetzung sozialer Gerechtigkeit" finden bisher keine nennenswerte Berücksichtigung. Im Gegenteil lassen die gegenwärtigen Bedingungen für die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion eine Zunahme der regionalen Verwerfungen zwischen ökonomisch starken und schwachen Regionen und in der Folge einen zusätzlichen Rationalisierungsdruck mit Arbeitsplatz- und Sozialabbau als gesichert erscheinen. Vorsorge gegen eine sozialpolitisch ungeschützte Einführung einer neuen Währung gilt es insbesondere in den Armutsregionen außerhalb Deutschlands zu treffen.

Die Währungsunion muß demokratisch kontrolliert und in einen wirtschafts- und umweltpolitischen Rahmen eingebettet sein. Ein informelles Gremium nach dem Muster der G-7-Gipfel ist kein Ersatz für eine europäische Wirtschaftsregierung, die verbindliche Vorgaben zur Bekämpfung von Armut, Arbeitslosigkeit, Diskriminierung und Umweltzerstörung erlassen kann. Unabdingbar ist auch die gesetzliche Begrenzung wirtschaftlicher Macht, der Rückbau wirtschaftlicher Vormachtstellung weniger Banken und Konzerne, genauso wie die Sicherung der Rechte der abhängig Beschäftigten.

Unsere ausdrückliche Solidarität gilt der Bewegung um die Märsche für soziale Gerechtigkeit, die ihr Anliegen zum Alternativgipfel von Amsterdam eindrucksvoll an die Öffentlichkeit getragen hat. Die jüngsten Streiks in Frankreich sind Ausdruck für die

begründete Unzufriedenheit der abhängig Beschäftigten. Auch zukünftig wollen wir auf der Seite derjenigen stehen, die ihres Rechtes auf menschenwürdiges und selbstbestimmtes Leben durch sinnvolle Arbeit beraubt werden.

**Nach dem Scheitern der deutschen Kerneuropa-Konzeption:
Schluß mit der absurden 3,0%-Debatte!**

Das von der Bundesregierung bisher verfolgte Konzept zielte darauf, unter dem Vorwand der Sicherung des Geldwertes auf der Grundlage eines herausgehobenen "Kerneuropas" nach außen eine strenge Hierarchie der EU-Länder durchzusetzen. In dessen innerem Kern wurde die Privilegierung von immer kleineren Minderheiten mit den Abbau des Wohlfahrtsstaates und der Gewerkschaftsrechte sowie der "McDonaldisierung" einer wachsenden Masse von abhängig Arbeitenden erkaufte. Diese Strategie hat volkswirtschaftlich nicht die versprochenen Erfolge gebracht. Die EU ist von einem tragfähigen neuen Entwicklungsmodell weiter entfernt als je zuvor; statt Kohärenz und Zukunftsoffenheit breiten sich Disparitäten, Spaltungen und Ängste aus; selbst bescheidene Nachhaltigkeitsziele, wie die des Rio-Gipfels werden verfehlt. Zudem ist diese Wirtschaftspolitik inzwischen auf energischen Widerstand in den europäischen Gesellschaften gestoßen - auch in der Bundesrepublik Deutschland (v.a. die Streiks gegen den Abbau der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall). Spätestens seit den Wahlen in Frankreich und Großbritannien drückt dieser Widerstand sich auch auf Regierungsebene aus. Insbesondere die rot-grüne französische Regierung fordert heute entscheidende Korrekturen noch vor dem Eintritt in die letzte Stufe der Währungsunion. Der Fahrplan zur Währungsunion kann eingehalten werden und sozial-ökologische Korrekturen an der bisherigen Euro Strategie müssen jetzt durchgesetzt werden.

Für die Stabilität des Euro spielen andere Faktoren als das Defizitkriterium eine viel entscheidendere Rolle: sicherlich die Entwicklung der Kosten und der qualitativen Leistungsfähigkeit im internationalen Vergleich, vor allem aber auch die Glaubwürdigkeit der wirtschaftspolitischen Gesamtkonzeption. Der Euro wird zudem beharrungsfähiger durch den größeren Wirtschaftsraum, für den er steht. Der Maastrichter Vertrag läßt ausdrücklich eine flexible Auslegung des Defizitkriteriums zu. Der Euro wird keineswegs automatisch zur inflationsgetriebenen "Weichwährung", wenn Mitgliedstaaten der Europäischen Union die 3,0-Prozent Latte "reißen".

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wenden sich gegen die Gespensterdebatte, die in Deutschland um die punktgenaue Erfüllung des Defizitkriteriums von 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts geführt wird. Das von den DM-Nationalisten erfundene 3,0% Prozent-Kriterium dient ihnen dazu, offen oder verdeckt für eine Verschiebung der Währungsunion einzutreten. In Wirklichkeit geht es ihnen darum, südliche Mitgliedstaaten wie Italien aus dem Euro-Club herauszuhalten und das Konzept eines "Kerneuropa" doch noch zu verwirklichen - sei es in Gestalt einer DM Vorherrschaft, sei es zumindest durch die Sabotage einer wirtschaftspolitischen Flankierung der Währungsunion.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN weisen alle Versuche der DM-Nationalisten à la Stoiber zurück, in letzter Minute noch durch eine Verschiebungsdebatte die notwendigen Korrekturen am ursprünglichen Konzept der Bundesregierung zu verhindern. Die Verschiebung gegenüber den im Maastrichter Vertrag festgelegten Zeitplan ist vertragsgemäß kaum noch möglich und würde für die notwendigen sozialökologischen

Korrekturen an der ursprünglichen Strategie nichts bringen. Im Gegenteil: Jetzt ist Bewegung in die europapolitische Debatte gekommen, die es zu nutzen gilt.

Die Ergebnisse des Finanzministerrats von Mondorf im September 1997 deuten bereits darauf hin, daß es im Ministerrat keine Mehrheit für die aus deutschen Kreisen angemeldeten Wünsche gibt, Italien und andere Mittelmeerstaaten aus der Währungsunion rauszuhalten. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden sich gemeinsam mit anderen dafür einsetzen, daß es zu einer breiten Währungsunion kommt, die niemanden ausschließt. Wir sehen darin eine zentrale Bedingung, um die Währungsunion tatsächlich zu einem Fortschritt der europäischen Integration zu machen.

Luxemburg im November:

Angesichts der steigenden Arbeitslosigkeit muß der Weg zur Einheitswährung beschäftigungspolitisch flankiert werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen die Forderungen mehrerer EU Regierungen, der EU-Kommission und der Gewerkschaften, den Euro in einen sozialverträglichen beschäftigungspolitischen Rahmen einzubetten. Die vorherrschende Strategie der neoliberalen "Beschäftigungspolitik" - Unternehmensgewinne und Vermögenseinkommen erhöhen, Löhne senken, Arbeitsmärkte einseitig flexibilisieren und Schutzregeln abbauen - stößt mittlerweile auf heftigen Widerstand in den europäischen Gesellschaften. Nicht nur national, sondern grenzübergreifend hat sich in den vergangenen Monaten der Protest gegen Massenerwerbslosigkeit und Sozialabbau formiert. Dieser europäische Protest gegen ein "Europa der Märkte" wird von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützt. Die Währungsunion muß um einen Beschäftigungspakt ergänzt werden. Auf dem Luxemburger Sondergipfel zur Beschäftigungspolitik am 21./22. November 1997 muß endlich eine wirksame, nachhaltige und umweltverträgliche europäische Strategie für Beschäftigung vereinbart werden.

Auf dem Amsterdamer Gipfel vom Juni 1997 hat sich die neue Französische Regierung nicht mit ihren Forderungen nach einer weitgehenden Korrektur des von der Bundesregierung als Auffanglinie für die bisherige Euro-Strategie vorformulierten "Stabilitätspakt" durchsetzen können. Dafür konnte sie eine Gipfelresolution zur Beschäftigungspolitik und die Abhaltung eines Sondergipfels zur Europäischen Beschäftigungspolitik heraushandeln, auf den sich jetzt die europäischen Auseinandersetzungen konzentrieren.

Auf dem Luxemburger Sondergipfel im November 1997 zur Beschäftigungspolitik kann jetzt ein Kurswechsel eingeleitet werden - in Richtung auf eine gemeinsame Europäische Beschäftigungspolitik, in der sich die beschäftigungspolitischen Anstrengungen der Mitgliedstaaten gegenseitig verstärken - anstatt daß sie weiter darin wetteifern, wem es am besten gelingt, seine Arbeitslosigkeit in die Nachbarländer zu exportieren. Die begrenzte Bereitstellung zusätzlicher Mittel für beschäftigungsrelevante gemeinschaftliche Investitions- und Umbauprogramme (unter dem Vorbehalt einer strengen ökologischen Nachhaltigkeitsprüfung), sind hier ebenso dringend erforderlich wie koordinierte Anstrengungen der Mitgliedstaaten auf den Feldern der politischen Rahmensetzungen für eine Politik der Umverteilung von Arbeit und Verkürzung der Erwerbsarbeit, für einen Ausbau lokaler Beschäftigungsinitiativen und neuer, dezentralisierter Formen öffentlich verantworteter Beschäftigung in sozial und ökologisch nützlichen Bereichen. Darüber hinaus stehen auch Vorschläge für eine genau umrissene beschäftigungspolitische Öffnung der Kriterien des Stabilitätspaktes auf der Tagesordnung. Die Vorschläge der Luxemburger Präsidentschaft, die

Methode der verbindlichen Koordination der Politik der Mitgliedstaaten auch auf die Beschäftigungspolitik anzuwenden und dabei gemeinsame quantitative Zielvorgaben und Kriterien - wie die Senkung der Arbeitslosenquote und die Erhöhung des Anteils der Langzeitarbeitslosen in Qualifizierungsmaßnahmen zugrunde zu legen, gehen in die richtige Richtung. Sie öffnen zumindest ein Fenster für die hier notwendige Weiterentwicklung der europäischen Politik. Die EU-Kommission hat auf dieser Grundlage bereits Vorschläge für ein Verfahren eingebracht, in dem auf europäischer Ebene beschäftigungspolitische Leitlinien formuliert werden, zu deren Umsetzung durch die Mitgliedstaaten dann offizielle Berichte und Empfehlungen der EU vorgelegt werden, die die Mitgliedstaaten nicht einfach als bloße Meinungsäußerungen beiseitewischen können.

Wenn die Bundesregierung nicht wenigstens die Kompromißvorschläge der gegenwärtigen luxemburgischen Präsidentschaft akzeptiert, muß sie sich eine mutwillige Gefährdung der Tragfähigkeit des angeblich von ihr so hochgehaltenen Projektes der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion vorwerfen lassen.

Luxemburg im Dezember: "Europäische Wirtschaftspolitik" und Eindämmung des "Steuerdumpings"

Auf dem regulären Gipfel in Luxemburg im Dezember 1997 müssen die Regierungen der Mitgliedstaaten deutliche Fortschritte in Richtung auf eine koordinierte europäische Wirtschaftspolitik erzielen, die diesen Namen verdient. Dabei geht es der Sache nach um die wirtschaftspolitische Einbettung der künftigen Europäischen Zentralbank und die Eindämmung des gegenwärtigen Steuerdumpings, das die finanzpolitische Basis der Mitgliedstaaten zu ruinieren droht. Es geht um die Wiedergewinnung der politischen Handlungsfähigkeit gegenüber dem Diktat der Finanzmärkte in den Mitgliedstaaten wie auf Gemeinschaftsebene und damit um eine zentrale Voraussetzung der Demokratie.

Demokratische Einbettung der unabhängigen Zentralbank

Schon die französische Staatsführung unter Chirac hatte auf dem europäischen Gipfel in Dublin im Dezember 1996 durchgesetzt, daß finanzielle Sanktionen im Rahmen des Stabilitätspakts nicht ganz so automatisch eingesetzt werden, wie deutsche Sparfetischisten sich dies gewünscht hatten. Die neue Pariser Regierung hat in Amsterdam erreicht, daß in einer EU-Verordnung neben der "verstärkten Überwachung der öffentlichen Haushalte" auch die "Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken" geregelt werden soll. Darin gilt es nun festzuhalten, daß die Umsetzung der europäischen Beschäftigungspolitik durch die Mitgliedstaaten Vorrang vor den Berechnungsverfahren des Stabilitätspaktes haben muß.

Auf dem Luxemburger Gipfel im Dezember geht es in dieser Hinsicht darum, die Vertragsbestimmungen zur gemeinschaftlichen Wirtschafts- und Wechselkurspolitik der EU mit Leben zu erfüllen. Insbesondere muß die vertragliche Verpflichtung der Europäischen Zentralbank, in ihrer Verfolgung des Ziels der Geldwertstabilität "die Wirtschaftspolitik der EU zu unterstützen" konkret mit Inhalt gefüllt werden.

Die Instrumente für eine koordinierte Wirtschaftspolitik der EU und ihrer Mitgliedstaaten müssen festgelegt werden, um erste Schritte zu einer gemeinsamen "Europäischen Wirtschaftspolitik" als notwendiger Flankierung der Währungsunion einzuleiten. Europäische "Leitlinien der Wirtschaftspolitik" müssen in Zukunft auch verbindliche Leitplanken zur qualitativen Wirtschaftsentwicklung enthalten, d.h. zur Chan-

cengleichheit von Frauen und Männern, zum Sozial- und Umweltschutz, zur nachhaltigen Industrie und Strukturpolitik sowie zur Förderung qualifizierter und existenzsichernder Beschäftigung. Vor diesem Hintergrund - und in der Erwartung eines breiten Teilnehmerkreises - unterstützen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Forderung nach einem "Euro-Rat", der für die Euro-Länder spezifische Leitlinien der Wirtschaftspolitik und die Wechselkurspolitik festlegt, wie es bereits der Maastrichter Vertrag fordert.

Durch diese Schritte kann die Geldpolitik der europäischen Zentralbank in eine europäisch koordinierte Wirtschaftspolitik mit wirksamen Institutionen und Verfahren demokratisch eingebettet und wechselkurspolitisch ausbalanciert werden, ohne ihre Unabhängigkeit zu beschädigen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die europäische Wirtschaftspolitik nicht auf Geldpolitik reduziert und dann einer kleinen Gruppe abgehobener Banker alleine überlassen sehen.

Defizite der Währungsunion nach dem Maastricht-Vertrag

Die sogenannte Wirtschafts- und Währungsunion nach dem Maastricht-Vertrag beschränkt sich im wesentlichen auf die Einführung einer einheitlichen Währung und die Übertragung der Kontrolle der Geldpolitik auf die Europäische Zentralbank. Eine gleichzeitige enge Koordination der nationalen Wirtschaftspolitiken war nicht vorgesehen. Im Gegenteil: Die einseitige Fixierung auf geld- und finanzpolitische Konvergenzkriterien sowie der "Stabilitätspakt" mit eingebauten Sanktionsautomatismus drohen - ganz im neoliberalen Sinne - die Selbstentmachtung der Politik voranzutreiben. Angesichts fehlender realwirtschaftlicher Konvergenz sind noch mehr Umwelt- und Sozialdumping, noch mehr Wettlauf um niedrige Ertragssteuern zu befürchten. Hier muß politisch gegengesteuert werden.

Dringende Voraussetzung für die Erweiterung der Europäischen Union ist es, deren Funktionsfähigkeit durch eine Änderung des institutionellen Rahmens sowie durch eine Reform des Finanzierungssystems und der ausgabenintensiven Agrarpolitik und Regionalförderung zu sichern. Bei der Beschaffung der zur Erweiterung nötigen Finanzmittel im wesentlichen auf Wachstumsgewinne zu setzen, ist in fahrlässiger Weise spekulativ.

Wichtiges Anliegen von Bündnis 90/Die Grünen war und ist die Bildung eines Europa der Regionen. Kompetenzübertragungen auf regional Ebenen bei gleichzeitig wachsender Rahmensetzung in Brüssel bzw. Straßburg bedeutet für uns allerdings, daß auf nationaler Ebene Zuständigkeiten abgegeben werden müssen.

Das Steuerdumping eindämmen

Die bereits von EU-Kommission und EU-Rat in Angriff genommenen Aufgabe eines Abbaus des "schädlichen Steuerwettbewerbs", wie ihn inzwischen sogar die OECD kritisiert, d.h. des Steuerdumpings zwischen den Mitgliedstaaten, gehört zu den wirtschaftspolitisch vordringlichen Tagesordnungspunkten des Luxemburger Dezember-Gipfels: In Amsterdam wurde die Kommission beauftragt, dem nächsten regulären Gipfel konkrete Vorschläge für eine Koordinierung der Steuerpolitik zu machen, durch die die Mitgliedstaaten ihre weitgehend verlorengewangene Fähigkeit zur Besteuerung von Unternehmensgewinnen und Vermögenserträgen zurückzugewinnen können, die Rechtsgrundlagen für eine gemeinsame Energiebesteuerung zu entwickeln und eine Umstellung des Mehrwertsteuersystems von dem gegenwärtigen, schwer kontrollierbaren Prinzip des Empfängerlandes auf das des Ursprungslandes

vorzubereiten. Auch hier muß die Bundesregierung endlich das europäische Bremserhäuschen verlassen und die überfälligen europäischen Reformen mittragen.

Das Risiko ist die Bundesregierung!

Das zentrale Problem der Vorbereitung der europäischen Währungsunion liegt heute in der Überwindung der Blockadehaltung der deutschen Bundesregierung. Diese verweigert sich den überfälligen Korrekturen ihres monetaristischen Euro-Projektes.

Die konkrete europapolitische Debatte über diese Haltung der gegenwärtigen Bundesregierung werden BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in den kommenden Bundestagswahlkampf einbringen: Jede Verweigerung der möglichen europäischen Antworten auf die drängenden Probleme der Massenerwerbslosigkeit, der Aushöhlung demokratischer Entscheidungsmöglichkeiten und der Umweltzerstörung, die aus Bonn kommt, werden wir der bundesdeutschen Öffentlichkeit als ein zusätzliches Argument vermitteln, auch dort endlich den längst überfälligen sozialen und ökologischen Politikwechsel herbeizuführen. Damit arbeiten wir zugleich daran mit, die Europapolitik aus der abgestandenen Luft der technokratischen Hinterzimmer der Macht herauszulösen, um sie in die freie Luft der demokratischen Debatte einzubringen und die berechtigten Fragen der BürgerInnen endlich ernsthaft mit ihnen zu diskutieren.